

BIW kritisieren NATO-Kuhhandel mit der Türkei



Als einen inakzeptablen Kuhhandel kritisiert der Vorstand der bundesweiten Wählervereinigung Bürger in Wut den am Sonntag erzielten Kompromiß über den neuen NATO-Generalsekretär. Nach langem Ringen konnten sich die Mitglieder in Straßburg auf den Dänen Anders Fogh Rasmussen verständigen, den die Türkei zunächst abgelehnt hatte.

Ankara rügt Rasmussens Haltung im Streit um die Mohammed-Karikaturen. Als dänischer Ministerpräsident hatte sich Rasmussen 2005 unter Hinweis auf die Presse- und Meinungsfreiheit in seinem Land geweigert, gegen die Veröffentlichung der Bilder vorzugehen. Aus demselben Grund war Rasmussen der türkischen Forderung, den in Dänemark ansässigen Kurdensender Roj TV zu schließen, nicht nachgekommen.

Die Türkei stimmte der Berufung von Rasmussen als NATO-Generalsekretär erst zu, nachdem Ankara weitreichende Zugeständnisse gemacht wurden. Neben zusätzlicher hohen Posten im Bündnis soll Rasmussen der türkischen Regierung zugesagt haben, sich für seine Rolle im Karikaturen-Streit zu entschuldigen (was Rasmussen – wie PI berichtete – zum Glück nicht tat). Außerdem will Dänemark die Frage einer Schließung von Roj TV juristisch noch einmal prüfen. Die Europäische Union kündigte zeitgleich an, die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei durch die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel noch

in diesem Jahr zu forcieren.

Zur Wahl des neuen NATO-Generalsekretärs meint Jan Timke, Vorsitzender und Sprecher der BIW: „Für Rasmussen bezahlen die NATO und Europa einen zu hohen Preis. Der Türkei ist es am vergangenen Wochenende ein weiteres Mal gelungen, die europäische Staatengemeinschaft zu erpressen. Daß sich Rasmussen wegen seines Eintretens für die Presse- und Meinungsfreiheit öffentlich entschuldigen soll, wiegt dabei besonders schwer. Dieser Kotau rüttelt an den Grundfesten der europäischen Wertegemeinschaft. Man muß sich fragen, für welche politischen Prinzipien diese EU eigentlich noch steht.“

Aus Sicht der BÜRGER IN WUT hat die Türkei durch das Auftreten ihrer Repräsentanten in Straßburg noch einmal deutlich gemacht, daß sie nicht zu Europa gehört. Ankara zeigt keine Bereitschaft, die Meinungsfreiheit als eine der wichtigsten Errungenschaften der Aufklärung und des demokratischen Verfassungsstaates vorbehaltlos zu respektieren, weder in Europa noch in der Türkei selbst.

„In Straßburg wäre am letzten Wochenende der Zeitpunkt gekommen gewesen, Ankara endlich den Stuhl vor die Tür zu setzen und die EU-Beitrittsgespräche abubrechen. Doch Brüssel tut genau das Gegenteil und kündigt beschleunigte Verhandlungen an. Das europäische Politikestablishment scheint Gefallen daran zu finden, türkischem Druck nachzugeben und vor Erdogan zu Kriechen zu kriechen. Und dabei auch noch gegen den Willen der Völker Europas zu handeln, die eine EU-Mitgliedschaft der Türkei mehrheitlich ablehnen. Es ist einfach unglaublich!“, so Jan Timke abschließend.

(Pressemitteilung der BIW)

Ritualmordvorwürfe gegen Juden auf Hamas-TV



Die Palästinenser sind wirklich einfallslos. Sie wärmen für ihren ewig gestrigen Antisemitismus sogar die schon seit dem Mittelalter gängige Schauerlegende, die Juden würden zum Backen von Mazzen (Passah-Brot) Kinderblut von Christen oder in diesem Fall von Moslems verwenden, wieder auf. Rechtzeitig zum jüdischen Passah-Fest wurde im TV-Sender der Hamas eine Sendung vor Studenten der Islamischen Universität Gaza ausgestrahlt, in der als orthodoxe Juden verkleidete Schauspieler sich darüber unterhielten, wie sie das Blut von Muslimen trinken würden.

Später wurde erklärt, dass sich Juden vor dem Gebet nicht mit Wasser die Hände waschen würden, sondern mit muslimischem Blut.

Videoausschnitt zur Sendung:

Türkei: Orientierungslos

zwischen den Welten



Die heutige Türkei ist ein zwischen Extremen zerrissenes Land. Sie ist ein Land des Orients mit orientalischen Vorstellungen von Stolz, Ehre, Schande und Respekt, dennoch will sie zum Westen, zu Europa gehören. Die Türkei ist in vielen Dingen antiwestlich und unterdrückt die Christen als Staatsfeinde. Dennoch will sie sich gleichzeitig auch als Teil des verhassten, christlich geprägten Westens sein.

Die Türkei ist archaisch-patriarchal und gleichzeitig ein moderner Staat. Sie will in die Zukunft blicken, ohne die Vergangenheit jemals aufgearbeitet zu haben. Sie will zu den anderen gehören, obwohl sie gleichzeitig mit diesen anderen nichts zu tun haben will. Necla Kelek schreibt in einem Artikel für die *NZZ* über die Zerrissenheit eines tief verunsicherten Volkes.

In den türkischen Geschichtsbüchern wird das Osmanische Reich verklärt und so getan, als hätte es vor der türkischen Nation nichts anderes gegeben. Dabei hat die Türkei eine westlich-europäische, eine griechisch-römische, sogar eine christliche Geschichte. Die turkmenischen Stämme sind eine Volksgruppe, die alle anderen im Land vertrieben oder vernichtet hat: Armenier, Griechen, Kurden, Tscherkessen, Aleviten, Aramäer, Christen wie auch Schiiten. Die Türken haben aus einem einstigen Vielvölkerstaat einen nationalistischen Ein-Volk Staat gemacht und wollen diese Existenz nicht mehr preisgeben. Mit diesem Selbstverständnis gehen die Türken auch auf andere

Länder zu, in deren Gebiete sie auswandern. Immer stärker spielt dabei der Islam eine entscheidende Rolle, immer wichtiger wird das „Wir“-Gefühl – wir Muslime, wir Türken – gegen die anderen, die Deutschen, die Christen. Wer als Türke etwas am Türkentum kritisiert und dieses Wir ankratzt, gilt als Landesverräter.

Der moderne türkische Staat, die türkische Demokratie, war von Anfang an keine Bürger-, sondern eine Militärdemokratie. Atatürk war Soldat und dachte in militärischen Kategorien. In ähnlichen Kategorien denkt auch Erdogan und versucht einerseits sich mit dem Militär zu arrangieren, andererseits dessen Macht zu begrenzen. Dabei setzt die AKP wie im Orient allgemein üblich bei der Besetzung von politischen Ämtern auf Vetternwirtschaft, wobei die richtige, national-konservativ islamische, religiöse Einstellung entscheidend ist. Kelek spricht dabei von „religiösem Nepotismus“.

Die Nähe zu Europa sucht die Türkei vor allem aus wirtschaftlichen Gründen: Die Handelsbeziehungen mit Europa würden die Türkei ökonomisch vielleicht retten, obwohl die AKP-Wähler die USA und Europa ablehnen. Doch die USA brauchen die Türkei mit ihrem starken Militär als stabilisierende Kraft im Nahen Osten, sowie die Türkei aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen wiederum dringend Europa braucht.

» *Den gesamten Text von Necla Kelek lesen Sie hier.*

„Islam hat viel getan, die Welt besser zu machen“



US-Präsident Barack Obama hat heute zu Beginn seines Türkei-Besuchs (hier mit Staatspräsident Abdullah Gül) der islamischen Welt die Hand gereicht und für den EU-Beitritt der Türkei geworben. Vor dem türkischen Parlament in Ankara sagte Obama, die USA seien nicht im Krieg mit der islamischen Welt. Er betonte seine Wertschätzung für den islamischen Glauben. „Der Islam hat in den vergangenen Jahrhunderten viel getan, um die Welt besser zu machen“, so Obama.

» ntv-Umfrage: Sollte die Türkei in die EU aufgenommen werden?



Ingo Wolf – Minister für Selbstschutz



Er ist verantwortlich für die Sicherheit der Bürger in Nordrhein-Westfalen. Glaubt man seinen amtlichen Äußerungen, dann macht er diesen Job ganz hervorragend. Manche Bürger, besonders die in den Notaufnahmen der Krankenhäuser, mögen das etwas anders beurteilen. Innenminister Ingo Wolf selber anscheinend auch, wenn er über die Sicherheitsvorkehrungen in der eigenen Villa nachgrübelt. Da darf es dann gerne etwas mehr sein.

Die Rheinische Post berichtet:

Innenminister Ingo Wolf (FDP) wohnt mit seiner Familie in Euskirchen. Sein Haus ist – behauptet die SPD – mit Sensoren geschützt. Die sind so sensibel, dass Alarm ausgelöst wird, wenn Vögel über das Anwesen fliegen. Übertriebene Sicherheitsansprüche? Der SPD-Innenexperte Ralf Jäger hat jetzt dazu einen Fragenkatalog an die Landesregierung geschickt. Er will wissen, ob Wolf mehr Geld für Sicherungsmaßnahmen ausgegeben hat, als es das Landeskriminalamt für nötig hält. Der Einbau der Alarmtechnik soll 700 000 Euro gekostet haben. „Viel Geld“, heißt es bei der SPD: „Für die Summe kann man in Euskirchen schon zwei neue Häuser bauen.“

Der Innenminister des Landes NRW gehört zum Kreis der Spitzenpolitiker, die vor Übergriffen und Anschlägen geschützt werden müssen. Das Landeskriminalamt entscheidet, wie hoch die Bedrohungslage ist, und ordnet abgestufte Vorsichtsmaßnahmen an. So wird Ministerpräsident Jürgen

Rüttgers (CDU) offensichtlich von mehreren Leibwächtern eskortiert. In SPD-Kreisen wird behauptet, Wolf sei mit seiner Einstufung nicht einverstanden gewesen und habe sich „Extrawünsche“ erfüllen lassen. Die Opposition moniert, allein für den gepanzerten Dienstwagen des Innenministers seien 300 000 Euro ausgegeben worden.

Ingo Wolf steht in dem Ruf, ein Politiker zu sein, der Kritik oft gelassen abperlen lässt. Diesmal reagiert der Liberale scharf auf die Vorwürfe: Die SPD habe „in unverantwortlicher Weise sicherheitsrelevante Informationen über Schutzmaßnahmen der Öffentlichkeit zugänglich“ gemacht, erklärt der Innenminister. Dies gefährde nicht nur ihn selbst, sondern auch seine Familie. „Die SPD weiß ganz genau: Schutzmaßnahmen, über die man öffentlich redet, sind keine mehr.“ Es sei „empörend“, dass die SPD parlamentarische Anfragen zu persönlichen Angriffen missbrauche.

Auch die FDP-Fraktion, die sich sonst gerne als Sachwalter des Steuerzahlers gegen staatliche Verschwendungssucht aufspielt, ist empört über die Angriffe auf den Parteifreund. Man kann das verstehen. Während der einfache Bürger lediglich mit ein paar ungezogenen Kindern in der Straßenbahn zu tun hat, wobei man Konflikte einfach umgehen kann, indem man den Wagen wechselt, stellt sich Ingo Wolf ganz in den Dienst des Kampfes gegen Rechts. Und da hat man wahrlich mit gefährlicheren Gegnern zu tun. Ältere Herrschaften in Lodenmänteln, bei denen es Ansatzpunkte für den Verdacht von verfassungsfeindlichen Bestrebungen gibt, sind in NRW als besonders gewalttätig bekannt. Da zahlt der Bürger gerne etwas mehr, denn auch Sicherheit muss irgendwo anfangen. Und warum dann nicht beim zuständigen Minister beginnen?



Nato-Chef verteidigt Freiheit in Istanbul



Schlappe für Erdogan und den türkischen Qualitätsjournalismus, die großmäulig einen Akt der offiziellen Selbsterniedrigung des neuen Nato-Generalsekretärs Rasmussen vor dem türkischen Parlament angekündigt hatten. Der Triumph blieb aus. Der Nato-Chef tat auch in Istanbul, was die europäischen Bürger von ihm erwarten dürfen. Er verteidigte die zentralen Werte unseres Verteidigungsbündnisses, Demokratie und Meinungsfreiheit, auch an der zurück gebliebenen Südostflanke der Nato.

WELT-online berichtet:

Die türkischen Medien hatten ihrem Publikum einen Gang nach Canossa des neuen Nato-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen versprochen. Einen Gang nach Istanbul, genauer gesagt, wo er sich für seine angeblichen Vergehen in der Kontroverse um die dänischen Mohammed-Karikaturen entschuldigen werde. Die Entschuldigung blieb aus – statt dessen betonte Rasmussen, genau wie damals im Karikaturenstreit, die Bedeutung der Meinungsfreiheit.

“Er wird sich hinstellen und sich entschuldigen”, hatte das Massenblatt “Hürriyet” im Vorfeld geschrieben, und auch das regierungsnahе, islamisch orientierte Blatt “Yeni Safak” hatte seinen Lesern erzählt: Als Preis für den Verzicht der

Türkei, seine Benennung zum Nato-Generalsekretär zu verhindern, werde Rasmussen sich in Istanbul entschuldigen. Das sei der türkischen Seite bei den Verhandlungen um Rasmussens Kandidatur auf dem Nato-Gipfel versprochen worden. Auch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprach von einer Entschuldigung, allerdings nicht ausdrücklich: Allein die Tatsache, das Rasmussen nach Istanbul komme und sich dort erkläre, sei schon eine Art Entschuldigung.

Rasmussen sprach, Türken und Muslime in aller Welt erwarteten mit Spannung seine Worte. Nach den Medienberichten waren die Erwartungen hoch, und auch ein wenig Häme war hier und da zu spüren: Rasmussen war nach seiner Ankunft in Istanbul im Hotel auf der Treppe gestürzt und hatte sich dabei an der Schulter verletzt. Ein symbolhafter Sturz, so dachten viele, und erwarteten nun auch seine verbale Demutsbekundung.

Die blieb aber aus. "Ich glaube an die Meinungsfreiheit", sagte er, mit einer bewusst starken Wortwahl, die Muslime für Glaubensfragen reservieren. "Und ich respektiere und achte alle Religionen", fügte er hinzu. Muslime hätten die Worte eher umgekehrt gewählt, eine gewisse Achtung für die Idee der Meinungsfreiheit, aber der feste Glaube an Gott und seinen Propheten.

Zum Karikaturenstreit selbst sagte Rasmussen: "Ich selbst habe niemanden angesprochen oder beleidigt", und "die Karikaturen sind nicht meine Denkweise". Er versprecht, als Nato-Chef werde er sich für eine Intensivierung des Dialogs mit der muslimischen Welt einsetzen. Und das war's denn auch schon.

Wer die Leserkommentare bei der WELT zur Kenntnis nimmt, und das sei besonders Politikern empfohlen, kann erkennen, dass man der Politikverdrossenheit der Bürger auch dadurch entgegen wirken kann, dass man, wie Rasmussen heute, einmal Rückgrat

zeigt und ein klares Bekenntnis zu unseren Grundwerten ablegt. Europäische Bürger erwarten und honorieren eine solche Haltung.

Geert Wilders bei FOX-News



Geert Wilders ist zur Zeit in den USA unterwegs. Der bekannte Nachrichtensender FOX-News nutzte die Gelegenheit, den niederländischen Politiker zu seiner Meinung zum afghanischen Vergewaltigungsgesetz zu befragen. Geert Wilders geht dabei auch auf die Bedrohung der freien Gesellschaften in Europa und den USA durch die Islamisierung ein.

PI-Leser Ronin hat die Aufzeichnung des Gesprächs mit deutschen Untertiteln bei Youtube veröffentlicht – vielen Dank:

(Spürnase: Ronin)

Giftiger Schnaps: Bereits drei Schüler tot



An der türkischen Riviera werden Touristen stets vor gepanschem Raki gewarnt. Der mit Methanol versetzte als Todes-Raki bekannte Alkohol kann zum Hirntod führen. Opfer des türkischen Schnapses werden meist Ausländer, als wollten die frommen Muslime, die selbst keinen Alkohol trinken dürfen, die Touristen mit Gift-Schnaps bestrafen, wenn nicht bewusst vergiften. Besonders tragisch ist, wenn es sich bei den Opfern um Jugendliche handelt.

Sie sind besonders gefährdet, weil sie Warnungen, ein Getränk könnte gefährlich sein gern in den Wind schlagen und sich nicht vorstellen können, dass ihnen jemand dermaßen schaden will, dass man sogar ihren Tod einfach so in Kauf nimmt. Innerhalb kurzer Zeit sind in der Türkei drei deutsche Schüler auf diese Weise getötet worden.

Ein 21-Jähriger, der in der Türkei nach dem „Genuss“ von vermutlich mit Methanol versetztem Wodka gestorben ist, wurde am Freitag in Lübeck beigesetzt. Jetzt sind noch zwei weitere junge Menschen tot. Ein 17-jähriger und ein 19-jähriger Schüler. Beide tranken vergifteten Alkohol, fielen ins Koma und waren am Samstag hirntot.

Ermittlungen sind im Gange, gestalten sich aber schwierig, da die Türkei der Tatort ist. Werden die türkischen Behörden mit den deutschen so eng zusammenarbeiten wie die deutschen mit

den türkischen?

Die Ermittler prüfen, welche Möglichkeiten es für sie von Deutschland aus gibt. „Die Schwierigkeiten liegen in der Natur der Sache, denn der Vorfall hat in der Türkei stattgefunden“, sagte Schultz. Notwendig sei ein Rechtshilfeersuchen. Die Ermittler hätten „zur Kenntnis genommen“, dass der 21-Jährige laut einem Medienbericht nach Erkenntnissen türkischer Ermittler fast 20 Stunden lang in seinem Bett gelegen hatte, bevor seine Zimmertür geöffnet wurde. Eine Obduktion des 21-Jährigen in Hamburg ergab, dass er zwei Promille hochgiftiges Methanol im Blut hatte.

Der Lehrer, der die Gruppe begleitete, sei nach Ermittlerangaben im Besitz eines Generalschlüssels für die Hotelzimmer der Schüler gewesen. „Es wird zu klären sein, ob Dritte an dem Geschehen Mitverantwortung tragen“, sagte der Rechtsanwalt der Eltern, Frank-Eckhard Brand.

(Mit Dank an alle Spürnasen)



Obamas Unterwerfung vor dem Diener Allahs



Dass sich der neue US-Präsident mit Hofetikette recht wenig auskennt, bewies er bereits auf seinem Englandbesuch bei der Audienz mit der britischen Königin vor ein paar Tagen. Noch viel peinlicher allerdings war sein jüngster Auftritt beim saudischen König Abdullah (zu deutsch: der Knecht Allahs). Vor dem Monarchen, der Christen ermorden lässt und sein Land mit der eisernen Faust des Islam regiert, machte Obama statt der üblichen höflichen Kopfbewegung eine tiefe Verbeugung aus der Hüfte.

Aber nicht nur einen Bückling, wie ihn Kellner machen, sondern gleich einen unterwürfig-höfischen Kratzfuß mit Handkuss wie ein Lakai vor dem Kaiser. Abdullah wirds gefreut haben: Die Supermacht Amerika, das Symbol der freien westlichen Welt, unterwirft sich in Person seines Präsidenten dem Gesandten des Islam.



Verschleppte Kinder in der Kanalisation



Im Kanalisationssystem unter der Stadt Rom wurden von der italienischen Bahnpolizei zufällig 100 afghanische Flüchtlinge, darunter viele Kinder im Alter zwischen zehn bis 15 Jahren, entdeckt. Die Kinder sind mit Sicherheit nicht selbst aus Afghanistan geflohen, besonders nicht jene 24, die sich ohne Eltern in Italien befinden. Vermutlich wurde die ganze Flüchtlingsgruppe durch irgendwelche Schleuserbanden verschleppt.

Menschenhändler, die die Not und das Elend der Kinder und ihrer Eltern schamlos ausgenutzt und die Leute über die Türkei und Griechenland nach Rom gebracht haben. Sie führten die Menschen aus dem Elend Afghanistans in ein elendes Katakomben-Leben hinein. Die Kinder schliefen, von all den zahllosen Romtouristen unbemerkt, in Kartons und dreckigen Tüchern. Ihr Versteck in der Kanalisation befand sich unterhalb eines Bahnhofs ganz in der Nähe des berühmten römischen Kolosseums. Die Kinder wurden mittlerweile den zuständigen Behörden zur Betreuung übergeben.

Angriff auf „Wir für Hannover“-Infostand



Die unabhängige

Wählergemeinschaft Hannoverscher Bürger, WfH, veranstaltet in den Monaten April bis Oktober jeweils am ersten Samstag im Monat einen Infostand am „Kröpcke“, einem bekannten Platz im Herzen Hannovers. Der erste Infostand des Jahres 2009 fand am vergangenen Samstag statt – bis auf einmal unliebsame Gäste eintrafen.

Die WfH berichtet:

Am heutigen 04. April fand, wie angekündigt, ein Infostand der WfH am Kröpcke statt. Wenige Meter weiter, am Steintor, fand zur selben Zeit eine Anti-Nato Demo von verschiedenen linken, ganz linken und ganz ganz linken Gruppen statt. Doch selbstverständlich haben die nun beschriebenen Vorfälle ganz gewiss absolut rein gar nichts mit den am Steintor friedlich demonstrierenden Linksextremisten zu tun... Nie würden wir auch nur ansatzweise auf den Gedanken kommen, jene Gegner der Nato und somit folglich Befürworter des Friedens hätten irgendetwas damit zu tun...

So trug sich dann also folgendes zu: Gegen Mittag haben zwei unbekannte, ca. 20 Jahre alte männliche Jugendliche dem WfH-Infostand einen „Kurzbesuch“ abgestattet. Dabei wurde der Stand zusammengetreten und etliches an Infomaterial und Zubehör wurde entwendet und zerstört. Da die ganze Aktion maximal fünf Sekunden gedauert hat, war (und ist) eine genaue

Beschreibung der Täter natürlich sehr schwierig. Definitiv hatte einer der beiden ein – um es politisch auch schön korrekt zu formulieren – „südländisches“ Aussehen.

Die WfH hat daraufhin selbstverständlich Anzeige gegen unbekannt erstattet. Der Rest des Infostandes fand somit unter Polizeischutz statt. An dieser Stelle bedanken wir uns ausdrücklich bei den Damen und Herren der Polizei für Ihre Hilfe!

Nun ist es also passiert. Ein Angriff auf einen Infostand der WfH. Und? Sind das Eure Argumente? Etwas Besseres als solch feige Attacken aus dem Hinterhalt fällt Euch nicht ein? Wir haben, weil wir ja so tolerant sind, danach den Versuch unternommen, mit einigen Vertretern von ganz, ganz weit linksaußen ein halbwegs normales Gespräch an unserem Stand zu führen.

Hat leider nicht so ganz geklappt: Außer Beschimpfungen („Sch... Rechte..., haut doch ab..., ihr seid so lächerlich..., euch kann man doch gar nicht ernst nehmen“...etc, etc) und offener Sympathie für das Zerstören des Infostandes kam da nicht viel. Da drängt sich doch fast automatisch die Frage auf: Warum zerstört man dann den Stand einer gegnerischen Organisation, die man doch angeblich „gar nicht ernst nehmen muss“?

Es ist schon erstaunlich: Da fährt man als WfH Mandatsträger bereits seit 6 Wochen mit einem „Bunt statt braun“ – Plakat (gegen den Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai) im Heckfenster durch Hannover, da bezieht man immer und immer wieder unmissverständlich Stellung gegen Extremismus, da „macht und tut man“... – mit der Folge, dass uns unser WfH Infostand von irgendwelchen Chaoten zusammengetreten wird und wir als „Sch... Rechte“ beschimpft werden.

Was sagt uns das jetzt? Unter anderem das hier: Wir werden uns auch in Zukunft gegen jede Form von politischem

Extremismus und religiösen Fanatismus aussprechen und nicht vor irgendwem oder irgendwas kuschen! Wir von der WfH sagen ganz klar Ja zu „Bunt statt Braun“! Trotzdem muss es weiterhin gefahrlos möglich sein, berechtigte Kritik am Verhalten von bestimmten Migranten sachlich vorzubringen!

Und weil das so ist, weil wir uns (jetzt erst recht!) nicht verstecken werden, sind hier noch einmal Ort und Datum der nächsten WfH Infostände: Samstag, 18. April ab 11.00 Uhr: Straßenfest der Gilde Bürgerinitiative am Steintor

Freitag, 01. Mai ab ca. 12.00 auf dem Fest für Demokratie am Klagesmarkt (dieser Infostand ist von uns fest geplant. Allerdings haben wir von den Veranstaltern leider noch kein O.K. bekommen.)

Wir von der WfH sind jedenfalls sehr gespannt, ob wenigstens ein/e einzige/r Vertreter/in aus dem Rat der Stadt Hannover oder ein/e andere politische/r Vertreter/in in unserer Stadt den Mut hat, diesen feigen Angriff auf die WfH zu verurteilen.

Überfälle auf islamkritische Bürgerbewegungen sind – wie wir alle wissen – von der Gesellschaft durchaus tolerierte Mittel im hehren Kampf gegen Rechts™. Darüber können auch keine noch so schön gemalten “Bunt statt braun”-Plakate hinwegtäuschen...

Wenn die Wahrheit wütend macht

- Noch wehrt sich der innere Gutmensch heftig gegen die Bilder, die durch die offenen Augen eintreten. Die STERN-

Reporter Franziska Reich und Özlem Gezer reisen durch die deutsche Parallelgesellschaft und erschrecken über die Deutlichkeit, mit der der multikulturelle Menschenversuch einer ganzen Generation gescheitert ist. Da erwischt man sich selber bei dem „dumpfen Gedanken“, dass die, die das Leben bei uns gering schätzen, doch auch gehen könnten – und erschrickt.

Die Resultierende aus den widerstrebenden Gefühlen ist Wut. Aber auf wen? Auf sich selbst, obwohl doch der Selbsthass schon zur blinden Liebe zu allem Fremden geführt hat, aus der das Dilemma gewachsen ist? Oder auf die Fremden, die kamen, um ihren Vorteil wahr zu nehmen, aber die einseitigen Erwartungen der wirklichkeitsfremden Weltverbesserer achselzuckend ignorierten? Bevor die Qualitätsjournalisten vom Baum der Erkenntnis naschten, war die Welt so viel einfacher! Da konnte man einfach auf die wütend sein, die all das schon Jahre vorher erkannt und ausgesprochen hatten. Die bösen Blogger. Hier gehts zum Baum der Erkenntnis.

(Vielen Dank den zahlreichen Spürnasen)